

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Erscheint 10mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abnehmer monatl. 70 S., vierteljährl. 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 S., vierteljährl. 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
vierteljährl. 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Ins Ausland:
Unter Kreuzband 15 M. vierteljährl.

Mittelrheinische Zeitung.
Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritsstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Kolonelle in Wiesbaden 20 S.,
Deutschland 30 S., Ausland 40 S.,
Die Reklamelle 1.50 M.
Anzeigenannahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Fernsprecher:
Anzeige- und Abonnement: Nr. 199,
Redaktion: Nr. 198; Verlag: Nr. 819.

59 Morgen-Ausgabe.

Montag, 2. Februar 1914.

68. Jahrgang.

Der Arbeitswilligenschutz.

Wie wir schon mitgeteilt haben, hat die nationalliberale Fraktion des Reichstags zur Beratung des Staats des Reichstags des Innern eine Resolution eingebracht, welche die baldige Vorlegung der von dem Herrn Reichskanzler in Aussicht gestellten Denkschrift über die Frage des Arbeitswilligenschutzes fordert und gleichzeitig fünf Punkte hervorhebt, deren Behandlung in der Denkschrift der nationalliberalen Fraktion besonders wichtig erscheint. Parteiamtlich wird dazu folgendes ausgeführt: Der Weg, den die Fraktion hiermit eingeschlagen hat, ist nach Lage der Dinge der einzig gangbare. Der Erklärung, die der Herr Reichskanzler in der Reichstags-Sitzung vom 10. Dezember abgegeben hat und die eben in der Ankündigung der Denkschrift gipfelte, kam die Bedeutung bei, daß nunmehr die Regierung sich entschlossen hat, aus ihrer bisher beobachteten Passivität herauszutreten und von sich aus die Initiative zur Lösung der Frage zu ergreifen. Wäre jetzt die nationalliberale Fraktion mit eigenen Gesetzesvorschlägen hervorgetreten, so wäre das, wie der Abg. Baffermann mit Recht hervorhob, einer Durchkreuzung der Regierungsaktion gleichgekommen, und die Nationalliberalen hätten damit denselben Fehler gemacht, den sie soeben noch bei den Abgabenanträgen an der Reichstagsmehrheit mit Recht getadelt haben. Auch von praktischen Erwägungen aus war in dem jetzigen Stadium ein Vorgehen auf eigene Faust zu vermeiden, denn es liegt in der Natur der Dinge, daß der Regierung bei der Bearbeitung ihrer Denkschrift ein reicheres Material zur Verfügung steht, als sie infolge dessen die Materie auch besser übersehen kann. Es könnte daher leicht vorkommen, daß Forderungen, die die Nationalliberalen jetzt aufstellen, später auf Grund des besseren Materials der Regierung eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden müßten. Das ist immer mißlich. Der jetzige Weg vermeidet solche Eventualitäten und dient auch der Sache besser als die Aufstellung eines eigenen Initiativgesetzentwurfs. Im übrigen zeugt es von sehr wenig Verständnis, wenn in einer gewissen Presse die Meinung vertreten wird, die jetzt vorgelegte Resolution sei das „ganze Ergebnis“ der Arbeit der von der nationalliberalen Fraktion eingesetzten sogenannten Wiesbadener Kommission. Zunächst möchten wir im allgemeinen bemerken, daß die Arbeit dieser Kommission eine rein interne Sache der Fraktion ist. Dann aber könnte sich auch ein bescheidener Verstand sagen, daß die geleistete Arbeit ihre eigentliche Bewertung erst bei der Beratung des von der Regierung herausgestellten Ergebnisses finden kann. Hierbei werden die Vorberatungen der nationalliberalen Fraktion zweifellos gute Dienste leisten. Jetzt konnte es sich, wie gesagt, hierum nicht handeln. Was von parlamentarischer Seite geschehen konnte, war, darauf hinzuwirken, daß die Regierung mit ihrer Arbeit bald kommt, weiter, die wichtigsten Gesichtspunkte, die in Frage kommen, herauszuheben. Beides geschieht in dem Antrag Baffermann, der daher von den beteiligten Kreisen lebhaft begrüßt werden dürfte.

Nun könnte man freilich einwenden, daß mit dieser Maßnahme vorläufig wenig oder nichts erreicht ist, daß schnelle Hilfe not tue. Dazu ist zu sagen, daß diese schnelle Hilfe zwar nicht vom Reich — wie aus dem oben Gesagten hervorgeht — wohl aber von der Landesgesetzgebung gebracht werden kann. Am 14. Januar

hat so auch der preussische Minister des Innern mitgeteilt, daß er allen Oberpräsidenten die Weisung habe zugehen lassen, Polizeiverordnungen, wie sie in der Rheinprovinz und in Westfalen bestehen, auch in ihren Bezirken dahin zu erlassen, daß die Nichtbefolgung von Anordnungen der Polizei unter Strafe gestellt wird, die nicht nur auf die Störung des Verkehrs sich beziehen, sondern auch den Zweck haben, die allgemeine Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf den Straßen anzuheben zu erhalten, insbesondere aber den Schutz des Eigentums und der Person zu gewährleisten. Dieser Weg ist vom Reichsgericht als zulässig anerkannt worden. Auf ihm wird daher, solange die Reichsgesetzgebung noch auf sich warten läßt, vorgegangen werden müssen, um den Mißständen alsbald zu begegnen. In Verfolg dieser Erkenntnis hat in völliger Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses folgenden Antrag Dr. v. Krause u. Gen. eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:
1. Die königliche Staatsregierung um Mitteilung der von dem Herrn Minister des Innern in der Sitzung vom 14. Januar 1914 erwähnten Anweisung an die Oberpräsidenten — wegen des Erlasses von Polizeiverordnungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, der Person und des Eigentums — sowie um Auskunft darüber zu ersuchen, in welcher Art und in welchem Umfange der Anweisung entsprochen ist;

2. Die königliche Staatsregierung ferner zu eruchen, die örtlichen Polizeibehörden und Exekutivbeamten anzuhalten, sobald bei Ausbruch einer Arbeitslosigkeit eine Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, insbesondere durch Belästigungen Arbeitswilliger, festgestellt wird oder zu besorgen ist, in Anwendung und in Gemäßheit des bestehenden Rechts und der auf Grund dieses Rechts erlassenen Polizeiverordnungen unter sorgfältiger Wahrung der Koalitionsfreiheit, dem Mißbrauch dieser Freiheit in der Richtung eines Koalitionszwanges unverzüglich und nachdrücklich entgegenzutreten.

Die beiden Aktionen im Reichstag und im preussischen Landtag zeigen, daß die nationalliberale Partei die angeschnittene Frage mit Energie und Tatkraft weiter verfolgt. Die Partei bleibt völlig auf der von Anfang an eingenommenen Linie: sie will das Koalitionsrecht gewahrt wissen, sie wendet sich lebhaft gegen den Koalitionszwang. Andererseits trägt sie der Tatsache Rechnung, daß sich Anschläge auf diesem Gebiete nicht bloß bei den Arbeitnehmern zeigen; endlich zieht sie auch die entsprechenden Konsequenzen für den wirtschaftlichen und politischen Vorkomm. Wir können nur wünschen, daß beide Anträge auch Annahme finden.

Ein polnischer Spion im Ostmarkenverein.

Von dem polnischen Mitgliede der Budaer Kommission des Abgeordnetenhauses wurde eine Reihe von Beschwerden erhoben, so über Anklagen des Vorstehers einer polnischen Druckerei in Bockum durch einen königlichen Polizeikommissar zu einem Vertrauensbruch und über ein Zusammenwirken des Ostmarkenvereins mit dem

Polizeirat Würde in Bockum. Der Redner forderte den Minister auf, den Beamten die Tätigkeit für den Ostmarkenverein zu untersagen, da das Zusammenwirken dieses Vereins mit den Ruthenen in Galizien auch in Oesterreich große Verunreinigung herbeigeführt habe. Der Minister forderte einen Nachweis der Authentizität der von dem Vorredner verlesenen Briefe. Der Abgeordnete erwiderte, daß der Ostmarkenverein und die ihm nahestehende Presse die Briefe als echt anerkannt hätten. Sie seien übrigens nicht gefälscht, sondern von einem schlechtbezahlten, streng katholischen (soll heißen nationalpolnischen) Registrator, den die antikatolische Haltung des Vorstehers erbitterte, ohne Entgelt mitgeteilt worden. Der Minister erklärte, die Tätigkeit des Bockumer Polizeirats nicht beanstanden zu können. Den Fall des Kommissars kenne er nicht, und der Ostmarkenverein, der lediglich nationalen Interessen diene, würde überflüssig, sobald die Polen ihren Kampf gegen das Deutschtum einstellten. Der Verein schädige auch das Verhältnis zu Oesterreich in keiner Weise. Demgegenüber wies der polnische Abgeordnete auf die ruffischen Mordkreise hin und behauptete einen Mißbrauch des deutschen Konsulats zu Lemberg durch die Pökalisten.

Ueber den „strengkatholischen“ Registrator teilt die „Fr. Ztg.“ folgendes mit: In Bockum gekommen sind die Dinge durch einen deutschsprechenden Angehörigen des Ostmarkenvereins mit polnischem Namen, der im Dezember 1912 auf die Empfehlung einer königlichen Behörde in Berlin in der Berliner Geschäftsstelle des Ostmarkenvereins beschäftigt wurde, sich aber hinterher als Nationalpöle entpuppte. Er war noch unter anderem Namen Vorsitzender eines Berliner polnischen Vereins, kündigte kurz vor Weihnachten in Berlin seinen Dienst, und auf ihn sind die Veröffentlichungen zurückzuführen, die die polnische Presse in den letzten Wochen beschäftigt. — Daraus liegt die Vermutung nahe, daß sich ein Nationalpöle mit der Absicht zu bionieren, in die Berliner Geschäftsstelle des Ostmarkenvereins einschleichen. Von höchstem Interesse wäre es, zu erfahren, wie die „königliche Behörde“ zu der Empfehlung dieses Spions gekommen ist.

Zum Unglück auf der Zeche „Minister Achenbach“.

Vorläufige Liste der Toten.

Die Rekonstruktion der Todesopfer aus der Zeche „Minister Achenbach“ bereitet die größten Schwierigkeiten, da die meisten der Toten gräßlich verunstaltet sind. Bis Samstagabend war es trotzdem schon gelungen, 16 Tote zu identifizieren; unter ihnen ist ein großer Teil polnischer Nationalität. Die vorläufige Liste der Toten umfasst folgende Namen:

Fahrer Hermann Reinhard (verheiratet)
Hilfsführer Konrad Dietrich (ledig)
die Bergleute: Theodor Bellmann (verheiratet)
Edmund Gawelled (ledig)
Sukhav Gawalina (verheiratet)
Valentin Balczel (ledig)
Karl Fischer (ledig)
Hubert Beer (ledig)
Karl Sajons (ledig)
Heinrich Alborn (verheiratet)
August Konrad (ledig)

„Hochgeboren“.

Schwanke in drei Akten von Curt Kraas.
(Uraufführung im Residenz-Theater am 31. Jan.)
C'est la ton, qui fait la musique, fagen die Franzosen. Es kommt immer auf das „wie“ der Vertonung an, so kann man das gallische Sprichwort verdolmetschen. Und nach diesem Rezept hat der Verfasser des am Samstag zu einem kühnsten Heiterkeitserfolg gediehenen Schwancks Musik in sein Spiel hineingebracht und hat diese Musik auf den richtigen, d. h. hier: auf den lustigen Ton gestimmt. Und hat damit sein Spiel glänzend gewonnen.

Aber nicht nur auf das „Stimmendmachen“ durch den Verfasser kommt es an. Auch für die Ausführung muß der richtige Ton gefunden werden — hängt doch alles mehr und minder von der „Stimmung“, von der Tonart ab, in der sich Szenen und Darstellungen aufzuspielen und den Absichten des Verfassers „Tonkünstlers“ entsprechend sein Stück zur rauschenden Einsonie des Erfolges erheben. Diese letzte Tonart ist die beliebteste, aber auch die seltenste zugleich: man hört sie nur noch in Ausnahmefällen, ein Rauschen des Erfolges im Zuschauerraum, das Geräusch des „Einschlagens“, gefolgt von dem Anstimmen einmütiger Beifallstufen. Dann aber dringt mit mächtigem Brüllen der überragende Ton durch das Ganze, der hier allein noch Musik zu bedeuten hat, die Siegesfanfare mit dem neuesten Titel: „Hochgeboren“.

Curt Kraas hat sein neues Stück — bescheiden oder vielversprechend — als Schwanke bezeichnet. Vielleicht ist es das größte, hier zu veräußende Lob, wenn wir behaupten, „Hochgeboren“ sei eher ein Lustspiel zu nennen. Auf jeden Fall ist es ein lustigeres Spiel als viele andere, unter dieser Devise herausgebrachte Neuheiten. Und von der bekannten Eigenschaft eines Schwancks, daß man nämlich auf gewalttätige Art zum Lachen gebracht wird, besitzt „Hochgeboren“ sehr wenig. Die Handlung parodiert in sein gewürter Weite das Superästhetentum vieler Wagner-Schwärmer, wie wir es im Leben häufig mitschauen. Also eine Schwankebel mit fester Grundlage und natürlicher Entwicklung. Aber gar keine Gewaltaktionen, die hinterher Magenbrühen verursachen. Hier geht alles mit richtigen Dingen zu; nicht nur in der Parodie auf die Ueber-

schwenglichkeit einer von Banreuths ewig sonniger Obbe in den profanen Wochentag herniedersteigenden Edelstau, auch in dem daneben laufenden Roman des zum Grafen und Erben erhobenen Schmiedegesellen, dem als natürlichem Sohn des Grafen Stadtwitz Titel und unendliche Mittel nach dem letzten Willen seines Vaters unverzüglich auf den Amboss fallen. Wagnerparodie und Erbischtsroman vereint geben den zur köstlichen Handlung gekneteten Stoff. Man ist nicht umsonst der erfolgreichste deutsche Schwankebildner — auf dieser glänzenden zusammengelegenen Idee hat Curt Kraas mit vielem Witz und noch mehr Geschick seine von Akt zu Akt an Lustigkeit zunehmende Satire aufgebaut. Läßt den abnungslosen Schmiedegesellen in die noch abnungslosere hochgeborene Gesellschaft der zur Erbscheidung vereinigten Stadtwitz-Malchin hineininschneien. Verdrängt den Plan des von Frau Hertha geschiedenen Votho von Stadtwitz, sein Tochterchen zu, die vermeintliche Dampferbin, mit Fred von Malchin zu verloben, damit der „arme“ Leutnant sich rangieren könne. Und versteht dem biederen Fritz Treptow — das ist der Schmiedegeselle, den Graf Stadtwitz durch Testament als Sohn und Erben anerkennt — die uralte Kraft und das Aftische der Erbscheidung, nicht nur den „Schrecken“ der plötzlichen Hochgeborenheit ohne Schaden zu überleben, sondern auch noch die im Banne der Idealgestalten Banreuths Eindrücke lebende Frau Hertha wie ein Jungfriesen ausleuchtend und sieghaft einzuwirken. Ueber alle Unterstände der Bildung und Erziehung hinweg so sehr, daß Hertha von Stadtwitz ihre zu wohnigem Glück zu führen wähnt, wenn der Schmiedegeselle-Graf und die Baroness ein Paar werden. Aber der nächstliegende Bahn der Schwärmerin — daß der neuentdeckte „Stegfried“ auch ein „reiner Tor“ sei — wird von der Wirklichkeit grausam zertrübt. Fritz Treptow hielt es als Schmiedegeselle mit Liebe Schönen, und das Verhältnis hätte zur Ehe sich verdichtet, kam nicht die Erbscheidung dazwischen. Auf dieser „Vergangenheit“ des „reinen Toren“ beruht der geschickt eingeschaltete Plan der um ihre Erbscheidung bangenden Stadtwitz-Malchin; sie lassen Fritzens Liebe Kammerjungfer bei Frau Hertha werden, um die Metamorphose des Proletariats zum „Hochgeborenen“ durch den freien Anblick der einfließenden und zwanglos Geliebten zu durchbrechen, und das Komplott führt zum Gelingen. Wir sehen zum Schluß, daß

dem neugeborenen Grafen wieder den alten Fritz Treptow werden, der zu seiner Liebe zurückkehrt, dazu auch die alten Bahnen entwöhnte Frau Hertha wieder zu neuem, gefesteterem Glück in die Arme ihres Votho fassen, und natürlich auch zu überfällig mit Vetter Fred vereint.

Daß der Ton die Musik macht, haben wir als Einleitung vorangestellt. Und niemals wohl ist das Wort mehr zur Wahrheit geworden, wie in dieser Wiesbadener Uraufführung des Curt Kraas'schen Schwancks. Erst unter Residenz-Theater hat den richtigen Ton getroffen für den musikalischen Gehalt der parodierten Wagner-Schwärmerin und für den köstlich geschraubten Gegenstand zwischen aristokratisch-müden Geniechern und dem aus frisch-fröhlichem Tun in die Atmosphäre der Mäßigkeit verlebten Schmiedegesellen. Hier waren der Darstellung glänzende Möglichkeiten zugewiesen, hier galt es Wegweiser zu werden für die Stimmung, auf die allein es ankommt. Und das gerade haben die Träger der Hauptrollen unter Spielleitung von Kurt Keller-Mebri — er spielte natürlich die eine Hauptrolle, den geschiedenen Lebemann Votho von Stadtwitz, in der bekannt-charmanten Art selbst — in blinder Kunstfertigkeit vermocht. Voran Rudolf Bartak, der seinen Schwankbelben-Schmiedegesellen zu einem Kabinettstück voll feiner Pointen erhob, weit über das Niveau eines Schwancks hinausragend. Denn hier hörte das Theater auf, hier war alles von sprühendem Leben. Mit diesem „Stegfried“-Fritz Treptow muß der neueste Kraas zum neuesten Schläger angeschlossen, der an die größten Heiterkeitserfolge des in Wiesbaden einheimischen Verfassers erinnert. Und auch mit Frida Saldern als die in ihrer idealen Welt der Wagner-Gefalten nur der Schwärmerie ergebene Frau Hertha. Indem diese Hertha auch in dem überschwenglichsten Begehren stets das Bild einer hehren Frauengehalt bot, wurden sehr zum Nutzen der Wirkung alle Klippen der Lächerlichkeit vermieden — für das befreiende Lachen sorgte Bartak-Stegfrieds unabweigbar-sieghafte Urmöglichkeit. Aber in der zweiten Hälfte des so überaus better verlaufenden Abends kam zu den Weiden noch eine Dritte, trat Käthe Horst als Kammerjungfer der Frau von Stadtwitz und als Liebe ihres vor der Verlobung mit einer Anderen stehenden Fritz in

Johann Polkapowski (verheiratet)
Philipp Labitz (ledig)
Friedrich Ciesielski (verheiratet)
Ernst Stephan (verheiratet)
Leo Kura (ledig)

Die Beerdigung der Todesopfer wird voraussichtlich am Montag nachmittag um 3 Uhr erfolgen, und zwar sollen sie gemeinsam in einem Massengrab beigesetzt werden. Die Eintragung der Leichen wurde heute nachmittag vorgenommen.

Die Untersuchung über

die Ursache der Katastrophe

hat noch nicht zu einem definitiven Ergebnis geführt. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es indessen festzustehen, daß die Explosion in dem westlichen Teil der Arbeitsstätten von 18 bis 19 entstand und von hier aus auf andere Abteilungen übergriff. Man ist mit den Aufräumarbeiten in der Unglücksgrube beschäftigt.

Ferner erhalten wir noch folgende Meldungen über Einzelheiten:

Dortmund, 1. Februar. Der Fabrikarbeiter Reinhard war einer der ersten, der als Leiche geborgen werden konnte; ihm waren beide Beine abgequetscht. Ein Bergmann war darauf zu sehen, daß man zuerst glaubte, die Leiche von zwei Bergleuten vor sich zu haben. Ein Geretteter lauerte zwischen fünf Leichen, er allein war in dieser Gruppe am Leben. — Nach dem Bekanntwerden der Nachricht traf der Landrat Freiherr von der Henden-Rhyn auf der Unglücksstätte ein. Außerdem eilte Branddirektor Koch der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft von Bitterfeld, wo er gerade weilte, herbei, um seine in Gortrieses so glänzend bewährten Erfahrungen in den Dienst des Rettungswerkes zu stellen. — Vor dem Juchenschorre hatte noch gegen Mitternacht eine vierhundertköpfige Menschenmenge. Überall standen Gruppen, die sich lebhaft unterhielten.

Dortmund, 1. Februar. Die Mehrzahl der Toten ist völlig verkohlt und nur schwer erkennbar. Kopf- und Barthaare sind abgefallen. Einem Toten ist die Kinnlade zerbrochen, ein anderer hebt wie zur Abwehr beide Arme. Bei jeder Leiche liegt eine Karte mit dem Namen des Toten. Die Angehörigen der Verunglückten besuchten mittags an den Leichen vorbei, wobei sich herzzerreißende Szenen abspielten. Die Halle ist mit schwarzem Tuch drapiert.

Weileidsfundgebungen.

Der Kaiser hat den bei der Schlagwetterexplosion verletzten braven Knappen und den Hinterbliebenen sein Beileid aussprechen lassen.

Der Präsident des Reichstags Dr. Kämpf sandte der Verwaltung der Zeche „Minister Abendach“ in Brambauer bei Dortmund folgendes Telegramm: „Anlässlich der Grubenkatastrophe, die Ihre Gewerkschaft innerhalb kurzer Zeit von neuem so schwer betroffen hat und die so zahlreichen Wadern Bergleuten das Leben kostete, spreche ich Ihnen namens des Reichstages mein herzlichstes Mitgefühl aus.“

Der Präsident des Herrenhauses, Erzherzog v. Thurn und Taxis, hat anlässlich des Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Abendach“ den Hinterbliebenen der Verunglückten und den Verwundeten das Beileid des Herrenhauses telegraphisch übermittelt.

Die Ueberalterung bei der Reichspost.

Man schreibt uns:

Es dürfte wohl allgemein als eine Notwendigkeit anerkannt sein, die Männer, die berufen sind, am Fortschritt der Kultur mitzuwirken, möglichst frühzeitig in selbstständige Stellungen kommen zu lassen, wo an ihre Verantwortung und ihren Unternehmungsgeist höhere Ansprüche gestellt werden können, damit sie sich ihre Kräfte zu ihren späteren leitenden Stellen bewahren. Wird jemand bis zu einem mehr als gerechten Lebensalter in unselbstständigen und untergeordneten Stellen festgehalten, so liegt das auf der Hand, daß ihm später nur zu leicht die Entscheidungsfähigkeit zum frischen Vorwärtsschreiten mangelt. Namentlich gilt das für große Betriebe, an die täglich neue Aufgaben herangetragen, und gerade hier heißt es, sich einen möglichst frischen und leistungsfähigen Beamtenkörper zu erhalten. Nach diesem Grundsatz wird aber leider nicht immer verfahren, in verschiedenen Verwaltungen macht man die Erfahrung, daß dort Jahre und Jahre vergehen, ehe die Beamten in selbstständige Stellungen gelangen, nicht nur zum eigenen Schaden, sondern nicht in letzter Linie zu dem des Publikums.

Dies trifft vor allem bei der Reichspostverwaltung zu, wo die Bewerber der höheren Karriere ungewöhnlich lange warten müssen, ehe sie in maßgebende Stellungen gelangen. Die besten Lebensjahre müssen sie zum Teil in Stellungen verbringen, die ihre Kenntnisse und ihre Befähigungen bei weitem nicht ausfüllen. Wie man uns aus postalischen Kreisen schreibt, sind die höheren Beamten nach dem Bestehen der Verwaltungsprüfung im Alter von ungefähr 30 Jahren nicht weniger als 10 Jahre als Oberpostassistenten tätig, bis sie in Inspektorenstellen und

die gewinnendste Erhellung. War mit einem Male, nach dem Willen des Verfassers und noch mehr durch die Echtheit, den Scharm ihrer Persönlichkeit, der Mittelpunkt, und behauptete sich leitend neben jenen Leuchten bis zum großartigen gelungenen Schlusseffekt... den man selbst mitgemacht haben muß! Für dieses hochgeborene Mädel zu war Elsa Exter, wie es schien, nicht ausreichend. Man sollte dies hoffnungsvolle Talent, diese knospende Mädchenhaftigkeit nicht in „über unsere Kraft“ hinausgehenden Aufgaben vorstücken, es bleiben noch reichlich viele Rollen übrig, die unserer jüngsten Reife ohne eigentliche Reifezeit — weil mehr zum Sentimentalen befähigt — besser liegen. Von subtiler Feinheit war wie immer Sofie Schenk (Gleimantime) und von trefflicher — weil alle seine Potenzen brillant einschlagen — Vorliebe der alte Oberbürgermeister Ernst Berta. Seinen Sohn Fred, vom Verfasser nur tiefmütterlich ausgedrückt, gab Friedrich Berta, die gefährliche Schönheit der Frau von Westernhagen war bei Theodora Porzi gut aufgehoben, wenn auch wir diese begabte Künstlerin in früheren Rollen erfolgreicher fanden. Erwähnt seien dann noch, zuletzt aber nicht zum geringsten, die Fiebeltern des Schmeidegeistes, von Willsa Bieglar und Minna Ate zum Schläger des dritten Aktes erhoben; ferner Willsa Schäfer in der gelungenen Erzählung „Tote und Mäde. Sünder-Freiwald; Nikolaus Bauer (Rechtsanwalt) und Hermann Hom, der den herrschaftlichen Diener wirksam zur Geltung brachte.

Das Publikum war, wie oben gesagt, in angeregter Stimmung; schon nach dem ersten Aufzuge wurde der Verfasser gerufen, und dann wiederholt nach den folgenden Akten. Neben dem Siege des Stückes sei aber des Triumphes der Darstellung besonders gedacht; und ein Wort wieder gegeben, das nach Schluß im Foyer erzählt wurde: „Wir haben heute hier, ohne es zu wissen, einem Feste beigewohnt“, sagte einer, der etwas verstreut vom Feiern, „dem Feste eines Sieges der Schauspielkunst über die Blasiertheit unserer Götter.“

nach einer Anzahl weiterer Jahre in Oberpostinspektorenstellen aufrücken. Erst nachdem sie diese drei Durchgangsstellen durchlaufen haben, erreichen sie schließlich die Stelle eines Direktors oder Postrates im höheren Lebensalter. Im Durchschnitt vergehen bis dahin nicht weniger als 16 Jahre und bei der bekannten Avancemethodenordnung in der Postverwaltung wird schließlich die Wartezeit auf 20 Jahre anheben.

Die Postverwaltung erkennt diesen Mibstand zwar selbst an und beabsichtigt für das Etatsjahr 1914 eine größere Anzahl von Inspektorenstellen in Folge von Vizedirektoren umzuwandeln, aber diese Maßnahme dürfte sich als unzureichend erweisen. Um die durch die Stodung entstehenden Gehaltschäden auszugleichen, macht man nun aus den Kreisen der höheren Postbeamten den Vorschlag, eine gemeinsame Gehaltsklasse, selbstverständlich mit steigender Etala, vom Oberpostassistenten bis zum Oberpostdirektor zu schaffen, wie das bei den höheren Beamten anderer Verwaltungen der Fall ist. Auch durch eine anderweitige Gestaltung der Dienstverhältnisse könnte man die jüngeren Kräfte besser ausnutzen, indem die Poststrafe etc. durch sie entfallen würden, eine Maßnahme, die die Postverwaltung nicht einen Pfennig kosten würde. Die Beamten würden dann nicht in untergeordneten Stellen verkümmern, bevor sie in solche berufen werden, die frische und arbeitsfrohe Männer verlangen, und für Handel und Industrie würde das nicht minder vom Vorteil sein. Wenn die Postverwaltung sich hierzu entschließen würde und den Wünschen des Reichstages gemäß eine Vermehrung der Endstellen eintreten lassen würde, so würde sie zweifellos auf die Unterstützung der Volksvertretung im weitesten Umfange rechnen können.

Kurze politische Nachrichten.

Zum Regierungswechsel in Elsaß-Lothringen.

Die schon bekannt, hat sich der Statthalter von Elsaß-Lothringen Graf v. Wedel auf Wunsch des Kaisers bereit erklärt, noch einige Monate auf seinem Posten zu bleiben. Dem Staatssekretär Freiherrn Korn v. Bulach wurde die nachgeforderte Dienstentlassung unter Verleihung der Krone zum Roten Adlerorden 1. Klasse erteilt. Auch in er vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats in die Erste Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtages berufen worden. Ferner hat der Kaiser bei Genehmigung ihrer Abschiedsgelüste dem Unterstaatssekretär Dr. Petri den Roten Adlerorden 1. Klasse und dem Unterstaatssekretär Dr. Wandel den Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse verliehen. Unterstaatssekretär Köhler wird in seinem Amt verbleiben. Zum Staatssekretär von Elsaß-Lothringen ist der Oberpräsident Graf von Rödern in Potsdam ernannt worden. Er wird auch die Leitung der Abteilung des Innern im Elsaß-Lothringischen Ministerium übernehmen. Zum Leiter der Abteilung für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten, die bisher vom Staatssekretär geleitet wurden, ist der zum Unterstaatssekretär ernannte bisherige Vortragende Rat im Reichsamt des Innern Geh. Oberregierungsrat Frhr. v. Stein ernannt. Die Entscheidung über den Nachfolger des Unterstaatssekretärs Dr. Petri ist noch vorbehalten.

Staatssekretär Graf v. Rödern ist 64 Jahre alt. Er war 1898 Referendar beim Oberlandesgericht in Frankfurt a. M., wurde später beim Landratsamt in Freienwalde und beim Oberpräsidium in Posen beschäftigt, war dann Hilfsarbeiter im Finanzministerium, Landrat im Kreis Oberbarnim und seit 1911 Oberpräsident in Potsdam.

Der Fall Heßermann.

Ueber die Gründe, die die nationalliberale Fraktion des Reichstags zur Lösung des Hospitantenverhältnisses mit dem Abg. Heßermann veranlaßt haben, sind in einem Teil der Presse völlig unrichtige Angaben verbreitet. In der Nationalliberalen Korrespondenz wird parteilich ausgeführt, daß es sich keineswegs um sachliche Differenzen handele, sondern vielmehr liege der Fall lediglich auf persönlichem Gebiet. Herr Heßermann habe in einer Form gegen die nationalliberale Fraktion, im besonderen gegen ein Mitglied derselben, polemisiert, die bisher in der parlamentarischen Geschichte nicht erhört war. Die Selbstachtung gebot es der Fraktion, so zu handeln, wie sie gehandelt hat. Eine politische Bedeutung komme der Affäre überhaupt nicht zu, weshalb auch alle Schlussfolgerungen, die in dieser Richtung gezogen worden sind, in sich zusammenfallen. — Wir haben unsere Ansicht in demselben Sinne schon in der Einleitung zu dem telegraphischen Bericht über die Reichstagsdebatte, in der Herr Heßermann die Angriffe gegen Dr. Böhm und die nationalliberale Fraktion richtete, ausgesprochen.

Der neue Oberpräsident von Brandenburg.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wurde für den verstorbenen v. Konrad der bisherige Regierungspräsident von Potsdam, v. d. Schulenburg, ernannt, dessen Nachfolger ist Geheimrat v. Falkenhäuser aus dem Landwirtschaftsministerium.

Die Inselfrage.

Der Pariser türkische Botschafter Nibaa Pascha erklärte Journalisten gegenüber, daß er der französischen Regierung auf Anordnung seiner Regierung vor einigen Tagen eine mündliche Erklärung in folgendem Sinne abgegeben habe: Die türkische Regierung bleibt der Ansicht, daß der Besitz von Ghios und Mithlene für die Türkei unumgänglich notwendig ist. Sollte sich jedoch die hohe Pforte gezwungen sehen, gegen den Wunsch der Großmächte, demzufolge die beiden Inseln Griechenland zugesprochen werden sollen, zu protestieren, so würde dieser Einspruch weder einen Bruch der diplomatischen Beziehungen mit Griechenland, noch auch die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts nach sich ziehen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 2. Februar.

Unter Faschings-Abend im Aushaus. Gleichwie in den Vorjahren, so veranstaltete die Kurverwaltung auch heuer während der Faschingszeit eine Reihe bunter Vortragsabende, deren erster am Samstag unter Mitwirkung einer Anzahl, zum Teil wohlbekannter auswärtiger Künstler vom Stapel lief. Da Amt des „Konferencier“ hatte Herr A. Grohmann vom Neuen Theater in Frankfurt übernommen, der mit seinen humoristischen Vorträgen ebenso wie der allseitig beliebte Fritz Schlottbauer (Rahm) und Herr E. Mollen (Frankfurt) die höchste Beifallsfreudigkeit gekümmte Zuschauer zu immer neuen Heiterkeitsausbrüchen veranlaßte und die Stimmung für die Hauptvorträge des zweiten Teils in überaus günstiger Weise vorbereitete. Nicht beifällige Aufnahme fanden auch die besseren Besessenennummern der Damen Brach-

Gareis und M. Wilden und Vortragsabende des Herrn J. Gareis. Den Haupterfolg erzielten aber unregelmäßig wiederum die verschiedenen „Tanz-Einlagen“; neben dem von dem Tänzerpaar Day and Night sehr flott vorgeführten Tango, Ragtime, Cowboy und Boogie Dance auch die beiden Duette aus der Kolloiden Fosse „Wie einst im Mai“, für deren treffliche Wiedergabe Fräulein Rodin und Herr Rottenburg den lebhaftesten Beifall des reichbesetzten Saales entgegennehmen durften. X.

Der hiesige Seefischverkauf findet, wie gewöhnlich, am Dienstag, vormittags, auf dem Markt statt.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten (Eisen- und Maschinenbau) veranstaltet am Mittwoch, den 4. Febr., abends 8.30 Uhr, im Restaurant Wartburg, Schwalbacher Straße, eine öffentliche Versammlung, in der Herr Franzin-Stuttgart über Arbeitslosenversicherung sprechen wird. Nach dem Vortrag freie Aussprache. Es sind die Vertreter sämtlicher politischer Parteien, sowie die sonstigen Organisationen und Verbände, die Interesse an dieser Frage haben können, eingeladen worden.

Die Hundertjahrfeier des Kaiser Alexander-Gardes Grenadier-Regiments Nr. 1 in Berlin wird nach fest erstelltem Allerhöchsten Befehl am 16., 17. und 18. August stattfinden, wie anfangs beabsichtigt, am 15., 16. und 17. August. Hauptfesttag, zu dem der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hat, ist der 17. August. Der Gründungstag (14. Oktober) konnte für die Feier nicht in Betracht kommen, da zu dieser Zeit ein Jahrgang der Mannschaften gerade entlassen, der Ersatz aber noch nicht eingetroffen ist. Schon jetzt haben sich viele hundert ehemalige Angehörige des Regiments zur Teilnahme am Fest gemeldet und in allen Ecken Deutschlands bilden sich Vereine, die in gemeinsamer Fahrt zum Fest herbeiziehen wollen. Ein Jubiläum-Ausflug beim Regiment blüht schon jetzt um baldige Anmeldungen, um den Teilnehmern genaue Mitteilungen über Sonderzüge, Unterbringung und den Gang der Feier zufinden zu können.

Anschuldung im Zuchthaus?

Es erregte seinerzeit außerordentliches Aufsehen, als die „Wiesbadener Ztg.“ über die Verurteilung der Frau Hamm in Zandersbach bei Elberfeld wegen Anstiftung zur Ermordung ihres Ehemannes ein Gutachten des Berliner Polizeirats Braun veröffentlichte, das die Tätigkeit des früheren Kriminalkommissars v. Tressow scharf kritisierte und das Urteil als einen Justizirrtum darstellte. Im Anschluß an dies Gutachten hatte die „Welt am Montag“ den Kriminalkommissar v. Tressow kritisiert, woraus dieser eine Privatklage wegen Verleumdung herleitete, die jetzt in Berlin verhandelt worden ist. Da in der Verhandlung naturgemäß auch der Fall Hamm zur Sprache gekommen ist, geben wir im nachstehenden einen ausführlichen Bericht wieder.

Vor der 148. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte wurde die Verleumdungsklage verhandelt, die der Kriminalkommissar a. D. v. Tressow gegen Hans Leuk, den Chefredakteur der „Welt am Montag“, angestrengt hatte. Herr v. Tressow wurde vom Rechtsanwalt Dr. Korn, Herr Leuk von den Rechtsanwälten Dr. Werthauer und Dr. Löwenstein vertreten. Veranlassung zur Privatklage hat ein Artikel der „Welt am Montag“ unter der Überschrift „Reichen und Wunder“ gegeben.

Die Zandersbacher Mordtatsache hat bekanntlich schon viel Staub aufgewirbelt und wird demnach auch die Parlamente beschäftigen. Im Jahre 1908 ist eine Frau Hamm aus Zandersbach bei Elberfeld von dem Schwurgericht in Elberfeld wegen Anstiftung zur Ermordung ihres Ehemannes und Beihilfe hierzu zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Es wird behauptet, daß hier ein furchtbarer Justizirrtum vorliege und Frau Hamm unschuldig im Zuchthause liege. v. Tressow hat seinerzeit in seiner Eigenschaft als Kriminalkommissar die Ermittlungen geleitet, die später zur Verurteilung der Frau geführt haben. Für die Unschuld der Frau Hamm ist der Berliner Polizeirat Braun in einem in der „Wiesbadener Ztg.“ ausführlich wiedergegebenen Gutachten eingetreten und hat nachzuweisen gesucht, daß der damalige Kriminalkommissar v. Tressow

im Uebereifer

zu ganz unzutreffenden subjektiven Schlussfolgerungen gekommen sei, die die Geschworenen zu dem Schuldspruch geführt haben dürften. Der Angeklagte hat nun in dem Artikel scharfe Angriffe gegen den Privatkläger gerichtet, indem er die ungewöhnliche Tatsache betonte, daß die Polizei in die Schranken tritt, um eine unschuldig Verurteilte zu befreien. In dem Artikel wird der Privatkläger ironisch als „tüchtiger Beamter“ bezeichnet, der durch seinen Eifer Frau Hamm aus der Haft gelöst habe und darin einen „Triumph seines kriminalistischen Scharfsinns“ erblicke. Er habe die Frau Hamm nach der bekannten Methode eingekerkert und die hartnäckigste Manier des Zurechtmachens mit vollkommenem Erfolge in Anwendung gebracht. Die Verteidigung hatte in einem umfangreichen Schriftsatz einen

umfangreichen Wahrheitsbeweis

angeboten, der durch die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Dr. Löwenstein in einzelnen Punkten mündlich noch ergänzt wurde. — Rechtsanwalt Korn widersprach einer zu weiten Ausdehnung des angebotenen Beweises. Sein Klient lehnte in seiner Weise die volle Aufklärung der tatsächlichen Vorgänge, es sei aber doch wohl nicht anständig, die ganze Zandersbacher Mordtatsache vor dem Schöffengericht aufzurollen; es würde genügen, den damaligen Staatsanwalt, der jetzt in Berlin tätig sei, zu vernehmen, um nachzuweisen, daß der Privatkläger vollstän seine Schuldigkeit getan habe. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Der Artikel beschäftige sich in erster Reihe nicht mit der Person des Privatklägers, sondern mit dem Verfahren, mit der Tatsache, daß im Zandersbacher Fall ein ungelöster Justizirrtum vorliege, an dem die Schuld dem Privatkläger aufzubürden sei, der in übertriebenem Eifer und durch

pflichtwidrige Amtshandlungen

das unselige Resultat herbeigeführt habe. Darüber mühe Beweis erhoben werden. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer führte aus, daß für alle Behauptungen des Artikels Punkt für Punkt der strikte Wahrheitsbeweis geführt werden könne. Der Privatkläger habe — so behauptete Dr. Werthauer — seinerzeit den wirklichen Täter nicht ermitteln können und sei dann plötzlich dazu übergegangen, Frau Hamm, die gar nichts damit zu tun gehabt, der Anstiftung zum Mord zu beschuldigen, und habe für diese seine Idee in Zeitungsartikeln Stimmung gemacht. Er habe die Behauptung erfinden, daß der angebotene

Mörder gar nicht aus dem Fenster gesprungen sei, sondern daß die Frau die Kleider des Mannes in täuschender Absicht vor das geöffnete Fenster gelegt habe. Der Privatflüger habe seine Behauptungen und Schlussfolgerungen vor dem Schwurgericht in Elberfeld wiederholt mit der Behauptung bekräftigt: er habe eine jahrelange Erfahrung als Kriminalbeamter, und die Geschworenen haben der Ueberzeugung dieses „erfahrenen Kriminalbeamten“, so viel Wert beigelegt, daß sie zum Schuldspruch kamen. Polizeirat Braun, ein auf kriminalistischem Gebiete seit einem Menschenalter hervorragend und erfolgreich tätiger Beamter, habe nun auf Grund der Akten und der Berichte des Privatflügers, sowie in Uebereinstimmung mit den separat nach der gleichen Richtung sich erhebbenden amtlichen Feststellungen des Nahrungsmitteluntersuchungsamtes des Polizeipräsidiums feststellen können, daß der Privatflüger

mit Hilfe amtlicher Verfehlungen

durch seine falsche Darstellung die Anklage gegen die Witwe Hamm verschuldet habe. Polizeirat Braun habe seinerzeit die Berichte des Privatflügers entgegengenommen, ohne dessen Vergangenheit zu kennen. Herr v. Tresckow sei Schreibmaschinenhändler in Düsseldorf gewesen und habe so viel Schulden gemacht, daß er sich garnicht mehr habe retten können und zahlreiche Zwangsvollstreckungen gegen ihn vorgenommen werden mußten. Er sei dann aus Düsseldorf verschwunden, nachdem er zur Leistung des Offenbarungseides geladen worden sei. Er sei dann plötzlich in Berlin als Kriminalkommissar wieder aufgetaucht; seine Anstellung sei erfolgt, nachdem er der Behörde wahrheitswidrig gesagt habe, daß er in geordneten Verhältnissen lebe, während er tatsächlich mehr als 5000 Mark Schulden gehabt habe. Als ein Gläubiger aus Düsseldorf ihn ausfindig gemacht hatte und Zahlung im Polizeipräsidium von ihm forderte, habe der Privatflüger zunächst seine Identität geleugnet, dann aber diesen Betrag nach und nach bezahlt. Auch andere Gläubiger hätten ihn, nachdem sie seine Identität festgestellt hätten, nach und nach bedrängt. Als einige Zeitungen seine jetzige Tätigkeit als Privatdetektiv angegriffen, habe er versucht, sie durch Herausbringung einseitiger Verfügungen und eidesstattlicher Versicherungen mundtot zu machen. Der Privatflüger habe nicht in der üblichen Weise seinen Abschied genommen, sondern er habe unter Verzichtleistung auf die ihm aus seiner Beamtenstellung zustehenden Rechte auf den Dienst verzichtet und auf diese Weise ein Disziplinarverfahren vermieden. Dr. Werthauer bezeichnet es als ein Märchen, wenn die Gegenpartei behauptet, das Wiederaufnahmeverfahren in der Sache Hamm sei abgelehnt worden. Nach der Veröffentlichung des Gutachtens des Polizeirats Braun sei die Staatsanwaltschaft in Elberfeld selbst auf die Nachprüfung der Angelegenheit gekommen und habe neue Ermittlungen angeordnet. Diese hätten schon dahin geführt, daß gegen zwei der Tat verdächtige Personen ein Verfahren eingeleitet worden sei. Von anderer Seite sei gesagt worden: man sollte doch nicht bis zum Abschluß dieser Ermittlungen warten und dafür sorgen, daß die bedauernswerte Frau Hamm nicht einen Tag zu lange unzulänglich im Zuchthause schmachten müsse. Aus diesem Grunde habe der Verteidiger den Wiederaufnahmeartrag gestellt, und von vier Parteien werde diese bedeutungsvolle Angelegenheit sowohl im Reichstag als auch im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht.

Der Verteidiger beantragte schließlich, zwei Medailleneur darüber zu vernehmen, daß der Privatflüger sich bemüht habe, diese Zeugen in dem Sinne zu beeinflussen, daß Herr Braun ein alter Mann sei, auf dessen Ansicht nicht viel zu geben sei. — Nach abermaliger Entgegnung des Rechtsanwalts Korn beschloß das Gericht, die Sache zu vertagen und die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens und des Wiederaufnahmeverfahrens abzuwarten. Ferner sollen die Personal- und Disziplinarakten des Privatflügers herangezogen und die beiden Medailleneur darüber vernommen werden, ob der Privatflüger ihnen Material gegen Braun gegeben hat.

Sport.

□ Pau, 1. Febr. (Privattelegramm.) Prix du Gave. 2000 Fr. 3600 Meter. 1. Ch. Forest's Chlorat (Widd), 2. De Balafre II, 3. Marguerite II. 8 Hefen. Tot. 36:10, Pl. 16, 13, 28:10. — Prix du Belvedere. 2000 Fr. 2800 Meter. 1. Ch. de Brède's Baillard (Varat), 2. Mon Seigneur, 3. Capulet II. 17 Hefen. Tot. 47:10, Pl. 25, 65, 133:10. — Grand Prix de Pau. 25000 Fr. 4300 Meter. 1. G. Pignatelli's Phobus (Dead), 2. Urbaine, 3. Vetter. 12 Hefen. Tot. 28:10, Pl. 17, 27, 46:10. — Prix de la Société des Steeple-Chases de France. 5000 Fr. 3200 Meter. 1. Jean Pieur's Luitene (Pepinas) u. D. Guehier's Asaar (B. Kallen) 7, 3. Tribun II. Tot. 264, 25:10, Pl. 95, 20, 81:10.

Geldpreise für Offizier-Rennen. In den französischen Offizier-Rennen wurden bisher nur Ehrenpreise gegeben, und die Offiziere klagten beständig darüber, daß die Offizier-Rennen, die „Courses militaires“, nur für die Zuweniger da seien. In Zukunft werden die Preise in 6 Kategorien gegeben werden. Die Distanzen sind in den drei Kategorien je um 500 Meter erhöht worden, und zwar auf 4500, 4000 und 3500 Meter.

Neue Schwimmrekorde wurden in Chicago bei einem dort abgehaltenen Meeting aufgestellt. Ueber 220 Yards siegte der Olympiakämpfer Heber in der amerikanischen Rekordzeit von 2:21 (bisher 2:25,2 Daniels), Gillingham wurde Zweiter, gewann aber dann das Schwimmen über 100 Yards in 56 Sekunden. Er schwamm dann weiter bis 120 Yards und verbesserte über diese Strecke den gleichfalls von Daniels gehaltenen Rekord von 1:09,8 auf 1:08,2. Ferner wurde auch der 200 Yards-Rekord, der von dem Australier Deal mit 2:11,4 gehalten wurde, von Heber auf 2:07,4 verbessert.

Bobbly-Rennen um den Kaiser Wilhelm II.-Becher. Bei prachtvollem Wetter und einem Meeresbesuch ging am Samstag das erste große Bobbly-Rennen der Saison auf der bekannten Schwalpobobbahn in Davenport vor sich. Es wurde das Vierständer-Bobbly-Rennen um den Kaiser Wilhelm II.-Bänderbecher ausgetragen, den der im

vergangenen Jahre am erfolgreichsten gewesene Bob „Torpedo“ zu verteidigen hatte. Dieser startete jedoch nicht. Um den wertvollen Preis bewarben sich sieben Fahrzeuge. Die 3400 Meter lange Bahn befand sich in vorzüglichem Zustande, so daß schnelle Zeiten erzielt wurden. Sieger blieb der diesjährige Championbob „Vogel“ mit der deutschen Mannschaft v. d. Sandt-Wiesbaden am Steuer, Brandt-Weßfalen, Westendorp-Hamburg, Friedrich-Davos (Bremse) in der neuen Rekordzeit von 3 Min. 8 Sek. Der alte Rekord gehörte mit 3:13,4 „Torpedo“. Den zweiten Platz belegte „Splendid“ in 3:11,4 vor „Neowulf“ 3:17,4. Der Bob „Gigi“ war gestürzt. Glücklicherweise wurde aber keiner von den Fahrern verletzt.

Vermischtes.

Zum Untergang des „Monroe“.

Die New-Yorker Zeitungen veröffentlichen erschütternde Einzelheiten über die Vorfälle, die sich bei dem Untergang des „Monroe“ ereignet haben. Wie gefabelt wird, sind nach der Erzählung geretteter Passagiere einige von ihnen unter den eigenartigen Umständen dem Tode entgangen. Ein Heizer befand sich im Momente des Zusammenstoßes im Maschinenraum des Dampfers, als er plötzlich die Wand des Maschinenraumes sich aufrufen sah und das ungeheure Bug des „Rantulet“ über seinem Haupte erblitzte. Nachdem die Maschinen des „Rantulet“ rückwärts zu arbeiten begonnen hatten, sprang er durch eine Breiche ins Wasser und wurde gerettet. In den Rettungsbooten spielten sich die ergreifendsten Szenen ab. Ein Regier war vor Schreck wahnsinnig geworden und klammerte sich an ein junges Mädchen an, das er ins kalte Element hinabziehen versuchte. Man mußte mit einem Hammer auf ihn los schlagen, bis er befinnlos wurde und seine Bente losließ. Ein anderer Regier schnitt sich auf dem Deck des sinkenden „Monroe“ mit einem Taschenmesser den Hals durch. Die amerikanische Schauspielerin Daveland wurde wahnsinnig und makte in Rorfolk ins Hospital gebracht werden. Sie spricht unaussprechlich in wirren Redensarten von den furchtbaren Ereignissen, die sie beim Schiffbruch durchlebt hat. Nach allgemeiner Ansicht werden die wachhabenden Offiziere des „Rantulet“ für die Katastrophe verantwortlich gemacht. Den Berichten der überlebenden Offiziere des „Monroe“ erwiderte der „Rantulet“ die Zeichen des eigenen Schiffes nicht. Außerdem ist festgestellt, daß der „Rantulet“ nicht dieselbe Richtung einnahm wie der „Monroe“, sondern er versuchte, durch erhöhte Schnelligkeit den vor ihm fahrenden „Monroe“ zu überholen. Die dabei entfaltete Schnelligkeit war bedeutend höher, als sie sonst die Dampfer bei dichtem Nebel zu entwickeln pflegen. Bei der Katastrophe bewies der deutsche Funktelegraphist Herr Kähn ein heldenhaftes Benehmen, indem er seinen Rettungsgürtel einer fremden Frau abtrat. Er selbst ertrank. Die Zahl der Toten wird von dem Büro der Old Dominion Company auf 40 angegeben. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß noch einige Ueberlebende in den Hospitälern sterben werden, da sich die meisten in einem bedenklichen Zustande völliger Erschöpfung befinden.

Letzte Drahtnachrichten.

Ausreise des Prinzen zu Wien.

Einem uns zugehenden Privattelegramm zufolge hat die Prinzessin Wilhelm zu Wien, die zukünftige Fürstin von Albanien, ihrem ehemaligen, in Frankfurt a. M. weilenden Pfarrer mitgeteilt, daß ihre Ausreise nach Albanien nunmehr spätestens am 15. Februar erfolgen wird und daß der Einzug höchstwahrscheinlich in Durazzo vor sich geht.

Ehrenvolle Verletzung des Obersten v. Reuter.

Oberst v. Reuter, Kommandeur des 2. Oberrheinischen Infanterie-Regiments 99, ist als Kommandeur des Grenadier-Regiments Prinz Karl von Preußen, 2. Brandenburgisches Nr. 12 nach Frankfurt a. d. Oder versetzt worden. Die Ordre des Kaisers, durch die ihm die Verletzung mitgeteilt wird, ist, wie der „B. Z.-M.“ hört, am gestrigen Sonntag nachmittags abgegangen. Oberst v. Reuter tritt dadurch an die Spitze eines durch seine ruhmvolle Geschichte weit bekannten Regiments und die Verletzung erhält noch für den Oberst dadurch eine besondere Bedeutung, daß einst sein Vater an der Spitze dieses Regiments im Jahre 1870 auf dem reichsfürstlichen Boden einen ehrenvollen Tod gefunden hat. Wenn eine Verletzung des Obersten v. Reuter im Interesse der Beruhigung der Gegenseite geschehen ist, so ist sie doch in einer Form erfolgt, die für ihn eine durchaus ehrenvolle ist. — Gleichzeitig ist bekannt, daß Leutnant v. Forstner in das Infanterie-Regiment Graf Schwerin, 3. Pommersches Nr. 14, nach Bromberg versetzt worden ist.

Deutschlandreise der Zarenfamilie.

Aus Petersburg meldet der Draht: Auf den Rat ihrer Ärzte wird die Kaiserin von Rußland wieder zur Kur nach Bad Nauheim gehen. Auch die Zarenfamilie wird zwei Monate im Herbst d. J. in Darmstadt verleben.

Schwere Gasexplosion.

In dem Gebäude der deutschen Buchhändler-Börse ereignete sich heute nacht 12 Uhr eine furchtbare Gasexplosion, durch welche die Fensterheben in der weiter Umgebung zertrümmert wurden. Wie es heißt, soll ein Teil des Gebäudes eingestürzt sein. Die Feuerwehr ist mit sämtlichen Krankenwagen zur Stelle. Im Keller des Gebäudes be-

findet sich ein Restaurant, das am gestrigen Sonntag wahr scheinlich stark besucht war. Einzelheiten fehlen zur Zeit noch.

Besuch des englischen Königspaares in Rußland.

Das englische Königspaar wird am 10. Juli ds. J. in den finnischen Schären zum Besuch des Zarenpaares ein treffen und dort 8 Tage bleiben.

Englandreise des griechischen Königspaares.

König Konstantin und die Königin Sophie von Griechenland werden im Frühjahr eine Reise nach England unternehmen.

Untersee-tunnel zwischen Dänemark und Schweden.

Wie der Kopenhagener Korrespondent des „A. T.“ aus guter Quelle erzählt, sind zwei skandinavische Ingenieure bei der schwedischen Regierung um die Konzessionierung für den Bau eines Untersee-tunnels, der Dänemark mit Schweden verbinden soll, eingekommen. Der Tunnel soll von Vigerslev, einem Vorort von Kopenhagen ausgehen und in Malmö in Schweden enden. Auf der Insel Saltholm soll eine Station errichtet werden. Die Kosten für den Bau des Tunnels werden auf 100 Millionen dänische Kronen berechnet.

Krankheiten in französischen Regimentern.

In Paris laufen äußerst ungünstige Nachrichten über die Gesundheitszustände der Soldaten in den verschiedenen Garnisonen ein. Trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen wüthet im 138. Infanterie-Regiment in St. Vain die Genickstarre, an der mehrere Soldaten bereits gestorben sind. Die Seuche ist auch in Orleans aufgetreten und hat bei dem dortigen Artillerieregiment viele Opfer gefordert. Ebenso in der Garnison von St. Etienne und in vielen südfranzösischen Städten. In Nantes herrscht unter dem dortigen 51. Infanterie-Regiment eine außerordentlich schwere Scharlach-epidemie, der verschiedene Soldaten zum Opfer gefallen sind. In Autun sind im 29. Infanterie-Regiment 100 Fälle von Malaria konstatiert worden, von denen bisher 2 tödlich verliefen. In der Garnison Taries befinden sich 180 Soldaten des dortigen Regiments im Hospital. Man befürchtet, daß sie sämtlich von der Genickstarre befallen sind.

Türkische Ver Stimmung gegen England und Deutschland.

Nach der Veröffentlichung des Konstantinopeler „Tanin“ ist die Inselfrage in eine neue Phase getreten. Das offizielle Blatt schreibt: Venizelos, der weiß, daß Griechenland aus eigener Kraft die Inseln unmöglich sich erhalten kann, sucht dafür die Garantie Europas zu erlangen. Dies ist der Zweck der Reise des griechischen Kabinettschefs nach den europäischen Hauptstädten. Es gelang Venizelos, seiner Auffassung zum Siege zu verhelfen. Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Tatsache in hiesigen politischen Kreisen hervorruft. Kein geringerer als England schlägt jetzt den übrigen Großmächten vor, die Inseln unter die Garantie Europas zu stellen, daselbst England, auf dessen Freundschaft wir bauen, um dazwischen die Türkei die größten Opfer brachte. Aus diesem Grunde ist die Ueberreichung der Note hier und in Athen verzögert worden. Das Blatt schließt mit dem Hinweis darauf, daß noch eine andere, der Türkei befreundete Macht, Deutschland, sich die englische Auffassung aneignete, was den äußerst peinlichen Eindruck verstärkte.

Der Flottenstand in Japan.

Der japanische Flottenstand nimmt eine sehr beträchtliche Ausdehnung an infolge der Angriffe im Parlament, nachdem der Marineminister ausgegeben hat, daß der Agent Reuters, Pooten, erfolgreich an der Erpressung der Firma Siemens teilgenommen habe. Pooten wurde auf Grund dieser Erklärung des Ministers verhaftet. Allgemein befürchtete man weitere Enthüllungen. Die Stellung des Ministerpräsidenten und des Marineministers erscheint nunmehr gefährdet. Die gesamte Oeffentlichkeit Japans ist stark erregt.

Die Ankunft der Dokumente des Berliner Gerichts am 10. Februar wird mit großer Spannung erwartet. Die Flottenuntersuchungskommission hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Eisenbahnunglück in Nordamerika.

Der Schnellzug, der zwischen Chicago und Alton verkehrt, ist in der Nähe von Joliet entgleist, 18 Personen sind dabei ums Leben gekommen.

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Medner) in Wiesbaden. Gf. Redakteur: Bernhard Grothus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothus; für Beilagen und Volkswirtschaftlichen Teil: A. E. Eisenberger; für den literarischen Teil: Carl Diebel; für den Anzeigenteil: Paul Langa. Sämtlich in Wiesbaden.

Es wird gebeten, Briefe nur an die Redaktion, nicht an die Redakteure persönlich zu richten.

Für Erholungsbedürftige und leuchtende Nerven-Kranke. Sommer und Winter besucht. Kuranstalt Hofheim i. Taunus, 1/2 Stunde von Frankfurt a. M. Prospekte durch Dr. Schulze-Kahleiss, Nervenarzt.

„Söhnlein Sec“

Aus feinsten Champagnerweinen hergestellt!

